



**Verband der Schweizer Studierendenschaften
Union des Etudiant-e-s de Suisse
Unione Svizzera degli studenti di scuole Universitarie
Uniu svizra da studentas e students**

Laupenstrasse 2 Tel. +41 31 382 11 71 info@vss-unes.ch
CH – 3001 Bern Fax +41 31 382 11 76 www.vss-unes.ch

**Im Kanton Bern will die SVP die Vertretung der Studierenden schwächen:
Der VSS fordert dazu auf, die "Motion Fuchs" abzulehnen**

Im Grossrat des Kanton Bern hat der SVP-Vertreter Thomas Fuchs eine Motion eingereicht, die der StudentInnenschaft der Universität Bern (SUB) den automatischen Einbezug der Mitgliederbeiträge verunmögliche will. Ausserdem soll die Universitätsleitung für die politischen Handlungen der SUB verantwortlich gemacht werden. Die Studierenden der Universität Bern wehren sich gegen diese Einschränkungen ihrer Rechte und gegen das spezielle Verständnis von Demokratie des Grossrates Thomas Fuchs. Der VSS unterstützt die Berner Sektion in ihrer Argumentation.

Thomas Fuchs fordert in seiner Motion vom 30. März den Berner Regierungsrat dazu auf, das Universitätsgesetz derart abzuändern, dass für die StudentInnenschaft der Universität Bern SUB ein automatischer Einbezug der Mitgliederbeiträge verunmöglicht wird. Ausserdem sieht er die parteipolitische Unabhängigkeit der SUB verletzt, und möchte diese durch die Universitätsleitung durchsetzen lassen. Um die Beeinträchtigung des Funktionierens der SUB zu verhindern und die Selbstbestimmungsrechte der Studierenden der Universität Bern zu gewährleisten bezieht der VSS nun Stellung dazu.

Eine gute Bildung ist für die Zukunft unseres Landes unabdingbar. Um diese zu gewährleisten braucht es den Einbezug der Studierenden in die Entscheidungsprozesse der entsprechenden Hochschule. Denn wenn die Studierenden ihre spezifische Sichtweise nicht einbringen können, geht ein Teil des Wissens über vorhandene Verbesserungsmöglichkeiten der Hochschule verloren. **Ausserdem ist Partizipation ein Grundprinzip einer demokratischen Gesellschaft.**

Auf europäischer Ebene wurden die Studierenden bereits 2001 im Prag Communiqué als "full partners" anerkannt, und im Berlin Communiqué von 2003 wird festgehalten: "Students are full partners in higher education governance." und "Ministers note that national legal measures for ensuring student participation are largely in place throughout the European Higher Education Area. They also call on institutions and student organisations to identify ways of increasing actual student involvement in higher education governance." Auch in der Schweiz wird der Beitrag der Studierenden für die Verbesserung und die Sicherung der Qualität der Hochschulen zunehmend anerkannt, sowohl von den drei Rektorenkonferenzen (Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten CRUS, Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz KFH, Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen COHEP) als auch von Seite des Bundes. (Dementsprechend unterstützte das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT und vom Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF ein Projekt des VSS, das 2007 zur Herausgabe einer Publikation zur studentischen Partizipation

geführt hat.)

Die Mitsprache der Studierenden setzt eine angemessene Finanzierung voraus, welche in der Regel über einen kleinen Beitrag der Studierenden gesichert wird. Der Einbezug der Mitgliederbeiträge wird dabei wesentlich vereinfacht, wenn die Mitgliederbeiträge über die Hochschule gemeinsam mit den Semestergebühren erhoben werden, womit ein unnötiger administrativer Aufwand verhindert wird. Der automatische Einbezug ist an schweizerischen Hochschulen der Regelfall, und ist beispielsweise auch beim Verband der Studierendenschaft der Berner Fachhochschule gegeben. Von einer Zwangsmitgliedschaft kann bei der SUB jedoch keine Rede sein, denn es gibt die klar kommunizierte Möglichkeit, jedes Semester durch schriftliche Mitteilung an die Universitätsleitung aus der StudentInnenschaft austreten zu können. Ausserdem kann bei der Erst-Immatrikulation frei gewählt werden, ob man SUB-Mitglied sein will oder nicht.

Die Partizipation an der Universität Bern gilt seit längerem als positives Beispiel in der Hochschullandschaft Schweiz. Gerade in der heutigen Zeit, in der sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene die Wichtigkeit von studentischer Mitbestimmung anerkannt und gefördert wird, wäre es schlicht paradox, diese nun dermassen einzudämmen.

Wie die parteipolitische Unabhängigkeit der SUB ausgelegt wird, wird von ihren Mitgliedern demokratisch entschieden. **Die demokratische gewählte Legislative der SUB entscheidet, zu was sich die Studierenden der Universität Bern äussern wollen - und in welcher Form.** Die Motion Fuchs zielt bei diesem Abschnitt ins Leere und hat einzig zum Zweck, eine nicht immer genehme Stimme aus der politischen Landschaft zu entfernen. Da die SUB eine öffentlich-rechtliche Körperschaft ist, ist die Universitätsleitung nicht die Sanktionsinstanz für die SUB. Im Weiteren forderte nicht einmal die Urabstimmung an der Universität Bern, auf die sich Thomas Fuchs bezieht, eine vollkommene Neutralität der SUB ausserhalb der Bildungs- und Hochschulpolitik. Denn diese sah bei einer Dreiviertelmehrheit im StudentInnenrat eine Ausnahme vor, dennoch aktiv zu werden. Die Urabstimmung wurde von den Studierenden, die sich daran beteiligten mit 68% abgelehnt. Es wäre daher höchst undemokratisch, die abgelehnte Initiative nachträglich gegen den Willen der Studierenden durchzusetzen, und sogar noch weiter zu gehen als die Initiative selbst.

Der VSS fordert daher dazu auf, die Motion Fuchs abzulehnen, und ein Zeichen zu setzen für eine gute Bildung, für die Partizipation aller Studierenden, und für die demokratischen Grundwerte unseres Landes.

Für mehr Informationen:

Tobias Bischoff; Vorstand Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS),
Bereich Fachhochschulen: t.bischoff@bluewin.ch, +41 79 721 54 10